

Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in der Slowakei

Kirschbaum, Stanislav J.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kirschbaum, S. J. (1995). *Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in der Slowakei*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 20/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45434>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in der Slowakei

Zusammenfassung

Trotz der innenpolitischen Turbulenzen des vergangenen Jahres hat sich an der außenpolitischen Zielsetzung der Slowakei nichts Wichtiges verändert. Nach wie vor sucht sie den Weg zu Stabilität, Sicherheit und Entwicklung über die Mitgliedschaft in internationalen wie regionalen Organisationen. Beim Wunsch nach Mitgliedschaft in der NATO geht es wesentlich nicht um Gefühle der Bedrohung, sondern darum, das Land in den Strukturen des Westens zu verankern. Eine defensive Richtung lassen dabei die neue Verteidigungsdoktrin und die vorgesehenen Truppenreduzierungen erkennen. Das Verhältnis der Slowakei zu ihren Nachbarländern, besonders zu Österreich, ist weithin entspannt. Selbst die Differenzen mit Ungarn scheinen sich allmählich zu entschärfen. Insgesamt hält es die Slowakei für möglich, sich weitgehend aus den akuten und latenten Konflikten in der Region herauszuhalten.

Kurz nachdem die Slowakei die staatliche Unabhängigkeit erlangt hatte, erklärte ein höherer Offizier der slowakischen Armee auf einer Konferenz zu Fragen des Friedens in Europa: "Die Slowakei ist immer ein Teil größerer staatlicher Einheiten gewesen und hat niemals Konzepte zu einer eigenen Außen- und Militärpolitik, zur eigenen Sicherheit und Strategie entworfen."¹ Nach zwei Jahren Unabhängigkeit gilt diese Aussage für die Slowakei nicht mehr. Das Außen- und das Verteidigungsministerium haben dem Nationalrat der Slowakischen Republik Dokumente vorgelegt, in denen die Sicherheitspolitik und die Bedrohungsperzeptionen des jüngsten Staates in Mitteleuropa dargelegt werden. Die politischen Ereignisse

¹ Ladislav Kadlec, Security Perspective of Central Europe: A View from Slovakia, in: Charles L. Barry, ed., The Search for Peace in Europe. Perspectives from NATO and Eastern Europe, Washington: National Defence University Press, 1993, S. 183. Diese Aussage trifft nur zum Teil zu, denn alle diese Aufgaben wurden von der Regierung der ersten slowakischen Republik 1939-1945 erfüllt.

des Landes in den zwei Jahren seit der Unabhängigkeit - Sturz Vladimir Mečiar und seine Ablösung durch Jozef Moravčík, vorzeitige Wahlen im Oktober 1994 mit Sieg von Mečiar Bewegung für eine demokratische Slowakei, danach zehnwöchige Verhandlungen bis zur Bildung einer neuen Regierung Mečiar - änderten nichts an den Grundkonzeptionen in der Außenpolitik und der nationalen Verteidigung. Diese Konzeptionen beruhen auf einem allgemeinen politischen Konsens über die zu verfolgenden Ziele.

Die Slowakei im nachkommunistischen Europa

Der slowakischen Auffassung von der Position des Landes im nachkommunistischen Europa liegen zwei Axiome zugrunde: daß die Slowakei erstens zum Westen gehört, "auf den ihr kulturelles und politisches Selbstverständnis ausgerichtet ist,"¹ und daß sie zweitens im Europa von heute keine Feinde hat. Somit wird die Regelung, die den Sicherheitsbedürfnissen des Landes am besten entspricht, durch dessen Größe, geographische Lage und politische Orientierung bestimmt. In seiner Rede vor dem NATO-Rat im November 1993 betonte Präsident Michal Kováč: "Die Slowakische Republik will nicht deshalb ein Teil des Bündnisses werden, weil sie sich militärisch bedroht fühlt. ...Wir bemühen uns, uns in der Struktur demokratischer Staaten zu verankern, einer Struktur, die in der Lage ist, unsere moralischen Werte - die auch von unseren Bürgern geteilt werden - zu verteidigen."²

Die Gründung der Slowakischen Republik fand zu einem Zeitpunkt statt, als Mitteleuropa nicht nur vier Jahrzehnte kommunistischer Politik und Ideologie hinter sich ließ - ein Prozeß, der von einem gewissen Maß an sozialer und wirtschaftlicher Instabilität begleitet war - sondern als auch das Machtgleichgewicht in Europa in eine Phase der Neuausrichtung eintrat. Die Geschwindigkeit, mit der das Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei vor sich ging und die politischen und wirtschaftlichen Argumente, die hinter dieser Entscheidung standen, ließen bei vielen Slowaken, ebenso wie bei vielen westlichen Beobachtern, ernste Zweifel hinsichtlich der Lebensfähigkeit des jüngsten Staates in Mitteleuropa aufkommen. Hatte die slowakische Regierung politisch schon früh ihren Weg vorgezeichnet und sich aktiv bemüht, in die westliche Zivilisation, mit der sich die Slowakei historisch immer verbunden fühlte, zurückzukehren, so stellte die Organisation und Umstellung der slowakischen Wirtschaft von der Befehls- zur Marktwirtschaft das Land vor eine Reihe schwieriger Aufgaben. Die Wirtschaft benötigt nicht nur die Schaffung der erforderlichen Einrichtungen, sondern auch die Herstellung von Verbindungen zu regionalen und weltweiten Institutionen sowie zu benachbarten Staaten, die dabei behilflich sein könnten.

In Fragen der Sicherheit denkt man nicht anders: Den slowakischen Politikern war klar, daß sie über die Schaffung der Institutionen zur Gewährleistung der Sicherheit des Landes hinaus auch darauf hinarbeiten mußten, die notwendigen Verbindungen zu anderen Staaten und Institutionen herzustellen, die ihnen in dem sich wandelnden internationalen Umfeld Halt und Sicherheit bieten können. Von Anbeginn gründeten sich die slowakischen Sicherheitsperzeptionen auf die völlige Integration in die westlichen Institutionen und Entwicklungen. Präsident Kováč drückte es so aus: "Der slowakische Wunsch nach Kooperation mit der NATO und nach der Erlangung der vollen Mitgliedschaft im Bündnis gründet sich auf die Prämisse, daß es nicht möglich ist, nur die politische und wirtschaftliche Integration in den Westen anzustreben. Volle Integration erfordert daneben auch die Entwicklung von Sicherheitsgarantien innerhalb der Strukturen, die historisch und grundsätzlich für die westeuropäische Integration kennzeichnend sind."³

Außenpolitische Orientierung

Das slowakische Streben nach Stabilität, Sicherheit und Entwicklung ist in den außenpolitischen Zielsetzungen formuliert worden, die sich vor allem an die internationalen Vereinbarungen halten, die das Land als einer der Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei übernommen hat. Dazu gehören die UNO und ihre Fachorganisationen, andere internationale Gremien, die OSZE und die Visegrad-Gruppe. Darüber hinaus ist die Slowakei von 123 Ländern anerkannt worden und unterhält diplomatische Beziehungen mit 106 davon. Außerdem hat sich die Slowakei sehr bemüht, regionalen Gruppierungen beizutreten, insbesondere solchen, die ihr politische, militärische und wirtschaftliche Sicherheit garantieren können. Im Gegensatz zu den Institutionen, denen die Slowakei aufgrund der von ihrem Vorgängerstaat übernommenen

¹ Michal Kováč, Slovakia and the Partnership for Peace, in: NATO Review, Februar 1994, S. 15.

² Ebenda, S. 17.

³ Ebenda, S. 15.

internationalen Vereinbarungen angehört, verlangen diese regionalen Institutionen spezielle Verpflichtungen und behalten sich auch das Recht vor, Zeitpunkt und Bedingungen einer Mitgliedschaft zu bestimmen.

Ein wichtiges außenpolitisches Ziel wurde mit der Aufnahme der Slowakei in den Europa-Rat am 30. Juni 1993 erreicht. Mit diesem Schritt war auch ein Beitritt zu verschiedenen Abkommen, Konventionen und Reglements dieser Organisation verbunden. Ebenso bedeutsam war der Abschluß eines Assoziierungsabkommens zwischen der Slowakischen Republik und der EU, das am 4. Oktober 1993 in Luxemburg unterzeichnet wurde und am 1. Februar 1995 in Kraft trat. Ein Antrag auf Vollmitgliedschaft soll zum 30. Juni 1995 vorgelegt werden, wobei man hofft, diese zum Jahr 2000 zu erreichen.

Eine spätere Aufnahme in die NATO ist das hauptsächliche sicherheitspolitische Ziel der Slowakei. Die Regierung hat den Aufnahmeantrag in einem Projekt unter dem Titel "Annäherung an die NATO" vorbereitet. Es wurde von einer interministeriellen Kommission ausgearbeitet, der Vertreter des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Finanzministeriums angehörten, und "es fügt sich organisch in die Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitssystems ein."¹ Darüber hinaus intensivierte die Slowakei im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit ihre Aktivitäten im Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC), sie nahm an Tagungen der Nordatlantischen Versammlung teil und unterzeichnete am 9. Februar 1994 das Abkommen "Partnerschaft für den Frieden" mit der NATO. Weiter gefestigt wurde die Anbindung der Slowakei an die NATO, als US-Präsident Clinton am 2. November 1994 das Gesetz über die Beteiligung an der NATO ("NATO Participation Act of 1994") unterzeichnete, das jedoch keinerlei Hinweis auf ein mögliches Beitrittsdatum enthielt. Auch in der WEU erlangte die Slowakei den Status eines assoziierten Mitglieds.

Bis in die jüngste Zeit hinein hat sich keine der größeren Parteien in Regierung und Opposition gegen die Anträge der Slowakei auf Mitgliedschaft in der EU und der NATO ausgesprochen. Nach den Wahlen vom September/Oktober 1994 hat sich das etwas geändert. Unter den Parteien, die größere Stimmengewinne verzeichneten, ist die Vereinigung slowakischer Arbeiter, die die Zahl ihrer Sitze von einem auf zwölf steigern konnte. Sie wurde der linke Koalitionspartner von Mečiar's Bewegung für eine demokratische Slowakei. Auf einem Treffen ihres Zentralrats am 28. Januar 1995 forderte die Führung der Partei ein Referendum über die Mitgliedschaft in der NATO und der EU. Es ist nicht ganz klar, ob die Parteiführung nur politisch einige Punkte gegenüber ihrem größeren Koalitionspartner sammeln wollte oder ob sie eine bestimmte politische Strömung in der Slowakei repräsentiert, die hauptsächlich ehemalige Kommunisten anspricht. Ebensowenig ist zu sehen, was die Partei als Alternative zu diesen beiden Institutionen anbieten will.

Weitere bedeutendere Initiativen sind die Verbindung der Slowakei mit der EFTA, die durch ein am 19. April 1993 in Genf unterzeichnetes Protokoll über Nachfolge erreicht wurde, und die Mitgliedschaft in der Mitteleuropäischen Initiative, die das Land automatisch mit der Unabhängigkeit erhielt. Keine dieser beiden Verbindungen ist Gegenstand größerer politischer oder wirtschaftlicher Aktivitäten der Slowakei, sie bilden lediglich zusätzliche internationale Foren, auf denen slowakische Interessen vertreten werden.

Die Verteidigungsdoktrin

Die außenpolitischen Ziele der Slowakei fanden ihren Niederschlag in einer Verteidigungsdoktrin, die im März 1994 von der slowakischen Regierung verabschiedet wurde. Darin wurde festgehalten, daß "die Slowakische Republik sich nicht unmittelbar bedroht fühlt, sich aber in der gegenwärtigen militärisch-politischen Lage das Recht und die Fähigkeit vorbehält, sich gegen jede militärische und nichtmilitärische Bedrohung zu verteidigen."² Die Doktrin bestätigt die Orientierung der slowakischen Verteidigungspolitik auf die transatlantischen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen des Westens, proklamiert das Prinzip der Verteidigung der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit und Unveränderlichkeit der Staatsgrenzen und erklärt darüber hinaus, daß die Slowakei unter keinen Umständen einen bewaffneten Konflikt beginnen werde: "Sie sieht keinen Anlaß für einen solchen Schritt, sei es aus politischen, territorialen, historischen, nationalen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen."³

¹ Report on the Implementation of the Task and Present Objectives in the Foreign Policy of the Slovak Republic 1993-1994, Bratislava: Press and Information Department, 1994, S. 1.

² The Slovak Republic's Defense Doctrine, in: Slovak Government Information Bulletin Nr. 35/1994.

³ Ebenda.

Die Aufgabe, das slowakische Territorium zu verteidigen, wird der slowakischen Armee übertragen, deren Größe den Prinzipien der ausreichenden Verteidigung und dem Erfordernis vernünftiger Abschreckung entspricht. Gemäß den Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft in Weltgremien ergeben, hat die slowakische Armee auch Truppen und Beobachter für ausgewählte UNO-Friedensmissionen zur Verfügung gestellt, insbesondere ein technisches Corps von insgesamt 600 Mann für die UNPROFOR. Beobachter wurden nach Angola (UNAVEM), Liberia (UNOMIL), Uganda/Ruanda (UNOMUR) und in den Irak (UNGCI) entsandt. Mit der Aufnahme der Slowakei in das Programm "Partnerschaft für den Frieden" begann die slowakische Armee, die zur allmählichen Eingliederung in die NATO-Strukturen erforderlichen Veränderungen vorzunehmen, unter anderem arbeitete sie die hauptsächlichlichen strategischen und operativen Prinzipien aus, organisierte die Grundeinheiten nach dem Brigade-System neu, modernisierte allmählich ihre Waffensysteme und die Befehls-, Leit- und Kommunikationssysteme und reorganisierte das Ausbildungssystem. Gemäß den Wiener KSE-Vereinbarungen hat die slowakische Armee auch Personal abgebaut, ihre Stärke soll bis November 1995 nur noch insgesamt 46 667 Offiziere und Mannschaften betragen. Am 16. Januar 1995 stimmte die Slowakei zusammen mit den anderen drei Visegrad-Staaten - Tschechische Republik, Ungarn und Polen - einem Vorschlag des Pentagon unter der Bezeichnung "Regionale Luftraum-Initiative" zu, deren Absicht der Aufbau eines gemeinsamen Luftverteidigungs- und Luftverkehrskontrollsystems ist, wofür die USA 25 Mio. Dollar zugesagt haben.

Wirtschaftliche Entwicklung

Während das erste Jahr der Unabhängigkeit im Zeichen der Konsolidierung gestanden hatte, war das zweite - 1994 - ein Jahr der politischen Instabilität. Mit dem Rücktritt des Außenministers Jozef Moravčík im März zerbrach die Koalitionsregierung. Paradoxerweise hatte der Sturz der Regierung Mečiar außer einigen kritischen Reaktionen in der westlichen Presse keine negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistung der Slowakei. Im Gegenteil, die Wirtschaft ließ Beobachter staunen: "Die Slowakei etabliert sich heimlich als eine der schneller wachsenden Wirtschaften in Osteuropa, die nach mehreren Jahren des Rückgangs nun um 4 Prozent expandiert. Entgegen allen Erwartungen verzeichnet die neue Nation eine beeindruckend niedrige Inflationsrate, finanzielle Stabilität, lebhafte Aktienbewegungen und florierende Westexporte." Ein guter Teil der Unterstützung, die die Slowakei von internationalen Finanzinstitutionen erhielt, ist der von März bis Dezember 1994 amtierenden Regierung Moravčík anzurechnen. Im Juli 1994 sagte der Internationale Währungsfonds (IMF) ein Darlehen in Höhe von 263 Mio. US-Dollar für die wirtschaftliche Erneuerung und allgemeine Stabilisierung der Slowakei zu. Es soll der Unterstützung der Devisenreserven und der Zahlungsbilanz sowie der Aufrechterhaltung der inneren Konvertierbarkeit der slowakischen Krone dienen. Die Gewährung des Darlehens in voller Höhe hängt davon ab, ob die Slowakei sich an bestimmte makroökonomische Richtlinien des IMF hält. Im September stellte die Europäische Investitionsbank der Slowakei 300 Mio. ECU zur Verfügung, mit denen das Fernmeldewesen und die Luftnavigation verbessert werden sollen, und im Januar 1995 beschlossen die EU-Finanzminister, ein Darlehen in Höhe von 130 Mio. ECU zur Regulierung der Handelsbilanz zu gewähren. Allem Anschein nach wird die Mitte Dezember gebildete neue Regierung Mečiar die außen- und wirtschaftspolitischen Ziele ihrer Vorgänger weiter verfolgen.

Beziehungen zu den Nachbarstaaten

Die Slowakei hat mit den meisten ihrer Nachbarn positive Beziehungen aufrechterhalten können. Reibungen gab es lediglich mit Ungarn, was zum Teil an der Politik Budapests bezüglich der ungarischen Minderheiten außerhalb des Landes lag. Aber auch der Umgang der Slowakei mit ihrer ungarischen Minderheit ist nicht problemlos gewesen und drohte sich fast zu einem regionalen Problem auszuwachsen. Äußerungen von Repräsentanten der in der Slowakei lebenden Ungarn wie auch von einigen slowakischen Politikern vom rechten Rand des politischen Spektrums haben die politischen Spannungen häufig zusätzlich angeheizt. In der Frage der Namen und Straßenschilder konnte die slowakische Regierung dieses brisante Thema durch eine neue Gesetzgebung entschärfen, nachdem sie es zunächst versäumt hatte, hier mit äußerstem Feingefühl vorzugehen und so unerwünschte internationale Aufmerksamkeit, besonders von seiten des Europa-Rats, auf sich gezogen hatte. Sie führte auch bilaterale Gespräche mit der ungarischen

¹ Dana Milbank, How the Slovaks Have Taken Flight, in: The Wall Street Journal, 30.11.1994 (nachgedruckt in: The Globe and Mail [Toronto], 5.12.1994).

Regierung. Am 1. Februar 1995 unterzeichneten die Slowakei und Ungarn in Straßburg die Europäische Konvention zum Schutz nationaler Minderheiten. Ein Grundvertrag zwischen beiden Ländern steht kurz vor der Fertigstellung und dürfte vor Ende März unterzeichnet werden. Der Vertrag enthält Bestimmungen über die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und den Verzicht auf territoriale Ansprüche und bestätigt die allgemeinen Prinzipien der Minderheitenrechte. In einer weiteren Streitfrage, betreffend den Donau-Staudamm Gabèikovo-Nagymaros, der nach Ansicht der ungarischen Regierung schwerwiegende Umweltprobleme auf der ungarischen Seite verursacht, sind beide Seiten übereingekommen, die Frage dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen. Vorerst bemüht sich die slowakische Regierung, einige der ungarischen Klagen zu berücksichtigen, die sich aus der slowakischen Entscheidung für einen Abschluß der ersten Bauphase des Staudamms, eines gemeinsamen ungarisch-tschechoslowakischen Projekts, von dem Ungarn sich 1990 zurückzog, ergeben.

Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus unterhält die Slowakei ausgezeichnete Beziehungen zu Österreich, das mit 25,4 Prozent der Gesamtinvestitionen für 1993 einer der hauptsächlichen europäischen Investoren in der Slowakei ist. Diese Beziehungen sind gegenwärtig einer Belastungsprobe unterworfen. Es geht dabei um das Atomkraftwerk Mochovce, das unter der kommunistischen Regierung mit sowjetischer Technologie errichtet wurde. Die Betreiber *Slovenske Elektrarne* und *Electricité de France* beschlossen, bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ein Darlehen in Höhe von 612 Mio. Dollar zur Modernisierung der 120 km von Wien nahe der ungarischen Grenze gelegenen Anlage zu beantragen. Beide Firmen weigerten sich aber, an einer öffentlichen Anhörung in Wien im Januar 1995 teilzunehmen. Das führte zu einer scharfen Reaktion im österreichischen Parlament, das am 9. Februar 1995 einstimmig beschloß, die Regierung zu bitten, einen Rückzug aus der EBRD zu erwägen, falls die Bank entscheiden sollte, der Slowakei das zur Beendigung des Projekts benötigte Darlehen zu gewähren. Am 14. Februar sagte Ministerpräsident Mečiar während eines Besuchs seines russischen Amtskollegen Tschernomyrdin in Bratislava, die Anlage werde zuende gebaut werden, auch wenn die EBRD das Darlehen nicht gewähren sollte. Am Tag zuvor hatten Rußland und die Slowakei ein Abkommen unterzeichnet, worin vereinbart wurde, daß Rußland Finanzmittel, Technologien und nukleare Brennstoffe für die Anlage in Höhe von 150 Mio. US-Dollar zur Verfügung stellen sollte.

Herausforderungen und Bedrohungen

In seiner Rede vor dem NATO-Rat sagte Präsident Kováč, eine der größten Herausforderungen, vor denen die NATO derzeit stehe, sei "ein neues Verhältnis zu Rußland und zur Ukraine, eine Partnerschaft, die sowohl die europäische als auch die globale Sicherheit stärkt."¹ Wenn es in der Slowakei ein ungutes Gefühl hinsichtlich der Zukunft gibt, dann geht es von diesen beiden Ländern aus. Beide besitzen Atomwaffen, und Rußland werden regionale Ambitionen unterstellt. Im Hinblick darauf versuchte Präsident Kováč herauszustellen, daß allein die NATO einer Herausforderung von dieser Seite standhalten könne und daß nur eine NATO-Mitgliedschaft die Slowakei davor bewahren kann, von zukünftigen Bedrohungen der europäischen Sicherheit betroffen zu sein. Ansonsten unterhält die Slowakei weiterhin gute Beziehungen sowohl zur Ukraine als auch zu Rußland, die auf starken wirtschaftlichen Bindungen beruhen, auch wenn diese nicht so stark und so wichtig sind wie die zu den EU-Ländern. Während des zweitägigen Besuchs des russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin am 13./14. Februar 1995 wurden zwölf Abkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet.

Die Slowakische Republik ist auch mit Herausforderungen und Bedrohungen konfrontiert, die sich nicht von denjenigen unterscheiden, denen die meisten entwickelten Länder ausgesetzt sind: internationaler Terrorismus und Kriminalität, ökologische Probleme, Massenmigration, Drogen, AIDS und unkontrollierte Waffentransporte. Die Slowakei hat versucht, diese Probleme, die als latente bzw. verborgene Bedrohungen angesehen werden, durch Abkommen mit anderen Ländern und internationalen Körperschaften in den Griff zu bekommen. Als unmittelbare Bedrohungen gelten diejenigen, die eine Folge der politischen Situation in Europa sind, "einer Region mit beschleunigter Integration im Westen, langsamer Desintegration im Osten und einer Mitte auf der Suche nach sich selbst."² Bei diesen unmittelbaren Bedrohungen handelt es sich um extremen Nationalismus und ethnische Säuberungen, um die instabile Situation in einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie den Konflikt auf dem Balkan. Keiner dieser Faktoren stellt eine direkte

¹ Kováč, a.a.O., S. 17.

² Narodne zaujmy a bezpečnosť Slovenskej Republiky, in: Armada Slovenskej Republiky, Nr. 2/1994, S. 23.

Bedrohung für die Slowakei dar, aber sie alle bilden ein Potential für regionale Instabilität. Die Politik der Slowakei besteht darin, mit der UNO und den europäischen Institutionen zusammenzuarbeiten, um zu verhindern, daß hieraus ernsthafte Probleme erwachsen.

Stanislav J. Kirschbaum

Der Verfasser ist Professor für Internationale Politik und Leiter des International Studies Programme am Glendon College der York University in Toronto (Kanada).

Redaktion: Gerhard Wettig/Sabine Fischer

Übersetzung aus dem Englischen: Bernd Bentlin

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071